

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich zweimal; am Sonnabend und am Montag Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettwickerstrasse Nr. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Institutionen angenommen.

Preis pro Quarto 1. R. 15 Pf. Kürbis 1. R. 20 Pf. — Inserate nehmen an: in Berlin: A. Peterseper, Rud. Wölfe, in Leipzig: Eugen Hart, H. Engler, in Hanau: Haasenstein & Vogler, in Frankfurt a. M.: Säger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmann'sche Buchhandlung.



# Danziger Zeitung.

## Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angaben zu 7½ Uhr Nachm.

Wien, 11. Nov. Aus Pest wird gemeldet, daß in der gestrigen Sitzung des Unterhauses sämtliche Abgeordnete der Linken ihr Delegationsmandat niedergelegt haben.

Prag, 11. Nov. Bei Horowitz hat heute ein Zusammenstoß auf der Eisenbahn stattgefunden, bei welchem 29 Passagiere getötet und 69 verwundet wurden.

Madrid, 11. Nov. Das neue Wahlgesetz bestimmt, daß alle 25jährigen unbescholtene Spanier Wähler sind; 45,000 Wähler erwählen einen Deputierten.

## Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 10. Nov. [Unterhaus.] Bei der Debatte über das Wehrgesetz sprachen für den Antrag der Majorität auf Annahme der Regierungsvorlage Dürkheim, Spiegel, Biemialkowski, Ryger, für die Anträge der Minorität Rehbauer, Weichs, Figuly, Sturm, Kaiser, Skene. Biemialkowski erklärte Namens der Polen, daß dieselben für den Majoritätsantrag stimmen, woraus man ersehen möge, daß die Polen sich dem Gesamtinteresse unterordnen und es ehrlich mit Österreich meinen. (W. T.)

Wien, 10. Nov. Die Einberufung der Delegationen ist auf den 16. d. verschoben worden. (W. T.)

Belgrad, 10. Nov. Der wegen des Attentats auf den Fürsten Michael angestellte Maistrovich ist zum Tode verurtheilt worden; von den übrigen Angeklagten wurden drei zu 5jährigem Gefängnis verurtheilt, die andern drei sind freigesprochen. (W. T.)

Köln, 10. Nov. Die englische Post, aus London den 9. d. M. Abends, ist ausgeblieben. (W. T.)

ZO. Berlin, 10. Nov. [Die conservative Partei Amerika und Spanien. Ministerwechsel in England.] Wie wir hören, soll in der conservativen Partei immer mehr die Überzeugung Platz greifen, daß, wenn sie nicht allen Boden und Einfluss verlieren will, es vor Allem darauf ankommt, in sich selbst darüber klar zu werden, in welcher Weise und mit welchen Mitteln ihre Prinzipien zu den jetzigen thatfächlichen Vorderfällen und Zuständen in das rechte Verhältniß zu bringen sind. Man kann sich nicht mehr darüber täuschen, daß es auf die Dauer nicht ausreicht, mehr oder weniger verdriestlich neben den Ereignissen zu stehen oder eine erwünschte Entwicklung von einem ernsthaften Kriege zu erwarten, sondern daß vielmehr die Zukunft dadurch bedingt wird, daß die conservative Partei es versteht, eine neue selbstständige Entwicklungsfreiheit zu beginnen und den Gegner auf seinem eigenen Gebiete aufzusuchen und zu überwinden. Insbesondere wird innerhalb derselben der Gedanke ventiliert, das sociale Gebiet zum Ausgangspunkt zu nehmen und mit der Bildung einer eigenen Grundbesitzer-Partei den Anfang zu machen. (Also mit der Bildung einer solchen Partei die sociale Frage lösen? Wir wünschen viel Glück!) — Man schreibt uns aus Paris: „Die von Ihnen ausgesprochene Meinung, daß bei der Bewegung in Spanien Amerika die Hand im Spiele gehabt, scheint in den Ereignissen ihre Bestätigung zu finden. Es ist Thatache, daß es zur Zeit auf Cuba von amerikanischen Agenten wimmelt. Von einer Annexirung sprechen sie zwar noch nicht, wohl aber bis auf Weiteres von der Unabhängigkeitserklärung der Colonien unter amerikanischem Schutze. Dass die provisorische Regierung in Madrid überdem nicht abgeneigt sei, durch den

Verlauf der „Perle der Antillen“ ihre leeren Kassen zu füllen, wird versichert.“ — Nach glaubwürdigen Nachrichten, die uns aus London zugehen, soll der Wechsel des Ministeriums kaum noch zweifelhaft sein. Der englische Botschafter am hiesigen Hofe, Lord Loftus, befindet sich zur Zeit in London. — Welche enorme Dimensionen die Verhältnisse in London angenommen haben, dürfte sich u. A. auch daraus ergeben, daß nach den Ergebnissen der Miethssteuer-Veranlagung zur Zeit unter den Stadt-Palästen der englischen Großen sich 13 befinden, die zu einem Miethsverhältnis von mehr als 20,000 £ und einer sogar, der auf ca. 120,000 £ veranschlagt ist und also allein eine Miethssteuer von 5000 £ bringt.

\* [Parlamentarisches.] Heute fand die Besprechung der Vertrauensmänner aller Fractionen des Abgeordnetenhauses über die Ernennung der Commissarien des Hauses für die Special-Etats bei der Vorberatung des Budgets statt. Es wurden aus den Special-Etats 22 Gruppen gebildet und für jede derselben 2 bis 4 Commissarien ernannt. Die Wahl für diese Functionen fiel größtentheils auf dieselben Abgeordneten, welche in der verflossenen Session dies Amt übernommen hatten. — Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses findet am Donnerstag statt. Die Vorberatung des Budgets wird voraussichtlich am Sonnabend ihren Anfang nehmen.

— [Parlamentarisches.] In der Beschlagnahmecommission macht sich die Ansicht geltend, man möge die Beurtheilungen bis zur Rückkehr des Grafen Bismarck aussetzen. Mitglieder dieser Commission versicherten, Graf Bismarck werde am 28. November in Berlin sein.

— [Zum System Mühlner.] Wie haben wiederum eine Maßnahme des Herrn Cultusministers zu registrieren, welche sicher nicht geeignet ist, für das preuß. Regiment im Nord. Bunde Propaganda zu machen. Dem Gemeinderath der waldeckschen Residenz Kassel ist nämlich eröffnet worden, daß die dortige höhere Bürgerschule nur dann das Recht zur Ausstellung von Zeugnissen zum einjährigen Freiwilligendienst erhalten werde, wenn die Stadt auf das Präsentationsrecht hinsichtlich der Directorstelle verzichte. Dies Auftreten des Herrn v. Mühlner muß um so wunderbarer erscheinen, als Geh. Rath Wiese in einer vor einigen Monaten vorgenommenen Revision sich mit den Leistungen der Anstalt zufrieden erklärt und ihr das fragliche Recht in sichere Aussicht gestellt hatte. (Post.)

— [Die Schullehrer unter Polizeiaufsicht.] In Nr. 30 der diesjährigen amtlichen Beilage des Worbiser Kreisblattes steht: die in dieser Zeitung schon veröffentlichte Vermauthung an die Lehrer des Regierungsbezirks Erfurt — Wirthshausgehen und Aufwand betreffend — und darunter: „Abschrift vorstehender Verfützung erhalten der Magistrat hier und die Ortsbehörden der Landgemeinden zur Kenntnahme und mit der Veranlassung mir Anzeige davon zu machen, wenn sich dieser oder jener Lehrer eines tadelhaften Lebenswandel schuldig machen sollte.“ Worbis, 17. October 1868. Der Königl. Landrat. Franz. Auch in den übrigen Kreisen des Regierungsbezirks Erfurt wird durch die Landräthe an den Magistrat der Städte und die Ortsbehörden der Landgemeinden eine der vorstehenden Anordnung entsprechende amtliche Mittheilung ergangen sein. Also: die Volksschullehrer im Regierungsbezirk Erfurt werden nun auch noch unter polizeiliche Aufsicht gestellt. — Eines Weiteren bedarf es nicht mehr, um der qu. Verfügung die Krone aufzusezen. (Post.)

wasserschöpfenden Hilas zu sich hinabzuziehen. Dann sind es nur wenige Schritte nach Berg oder Cannstadt, wo überall zahlreiche Mineralquellen aus der Erde sprudeln und ein Interesse, wenn auch in seinen äußeren Formen bescheidenes Badeleben hervorgerufen haben. Nach Cannstadt und Berg strömt an jedem schönen Nachmittag ganz Stuttgart hinaus, die feinere Gesellschaft trinkt in den Gärten der Hotels ihren Caffee und hört mäßige Concertmusik an, der größere Haufen vergnügt sich im Sommertheater, in den Biergärten oder an einem Schoppen Unter-Türkheimer. Wer ein behagliches Leben ohne große Emotionen in einer reizenden Natur liebt, dazu künstlerische Genüsse, ein gutes Theater, Orchestermusik, Gemälde- und Sculpturen-Galerien nicht entbehren mag, der muß sich in Stuttgart sehr wohl fühlen.

Nur Preuße darf er nicht sein, denn der rein persönliche Haß gegen Alles was preußisch ist, grenzt auch heute noch ans Unglaubliche. Das, wie mir eine dort verheirathete Landsfrau erzählte, im Sommer 1866 ihre Dienstmädchen in Folge fremder Aufhebungen ihr Haus verlassen haben, weil sie es für eine Schmach hielten, einer Preuzin Essen zu Kochen, die Zimmer zu reinigen; daß öffentliche und private Herausforderungen viele preußische Familien damals genöthigt haben, die Stadt zu verlassen, kann durch die blinde Aufregung jener Zeit motivirt werden. Aber im Wesentlichen ist es heute dort um nichts besser. Die glänzende Geschichte des schwäbischen Stammes, verbunden mit seiner hartwüchsigen Eigenwilligkeit und einem gewissen materiellen Wohlbefinden in dem gutverwalteten Lande, machen die Leute jeder politischen Neuerung, die mit Opfern an Selbstständigkeit verbunden ist, feindlich gesinnt, im Preußenhaus begegnen sich alle Parteien, mit Ausnahme der noch winzigen deutschen Volkspartei. In Bayern ist's in dieser Beziehung lange nicht so schlimm, dort fehlt das Gefühl der Stammesgemeinschaft, weil die einzelnen Landestheile Franken, Schwaben, Pfälzer repräsentiren, während hier der starre Sinn des Volks sich seinen schwäbischen Gau ungemein erhalten will und lieber über den Rhein zu den französischen Nachbarn sieht, mit dem er in persönlichem Verkehr und Handelsbeziehungen viel näher steht, als mit dem verhaften Norddeutschland. Am schlimmsten haben es in dem sonst so freundlichen Städtchen die Wenigen, welche der deutschen Partei angehören, sie sind die

— Der hr. Reg.-Präsident Maurach läßt der „Bulun“ folgende Berichtigung einer Mittheilung, deren Inhalt sich aus der Berichtigung selbst ergibt, zugeben: „Die in Nr. 470 dieser Btg. vom 6. d. M. enthaltene Mittheilung, daß ich den Wartesaal 1. und 2. Klasse auf dem Bahnhof Insterburg mit Beschlag belegt, um darin zu dinieren, und daß diese Räume deshalb von einzigen Herren, die sich nach Berlin zum Landtag begaben, verschlossen gefunden seien, ist unwahr. Als ich am 2. Nov. mit einigen Herren auf dem Bahnhof Insterburg dinirte, geschah dies in einem Nebenzimmer des stark gefüllten Wartesaals 1. und 2. Klasse; dieses Nebenzimmer, eben so wie der Wartesaal selbst, war während meines ganzen Aufenthalts unverschlossen und ließ ich die Thür desselben nur anlehnen, als mir gesagt wurde, daß im Wartesaal die demokratischen Abgeordneten Haebler und Saucken-Tarpitschen sich befänden. Ich hoffte durch diese Vorsicht vor jeder Verührung mich zu schützen (!); wie indessen der hierdurch berichtigte Artikel dieser Btg. zeigt, hat dieselbe denn doch nicht ausgereicht, der hiesigen Demokratie eigne, völlig improvoierte und aus der Lust geprägte Angriffe und Verbärtigungen zurückzuhalten. Gumbinnen, den 8. Nov. 1868. Maurach, Reg.-Präsident.“

— [Stempelmarken] Bei der Verwendung von Stempelmarken zu stempelpflichtigen Schriftstücken ist die selbstständige Verwendung von Marken für „ausländische“ Wechsel gestattet, während die Marken für „inländische“ Wechsel durch die Steuerämter und Steuervertheiler verwendet werden müssen. Da durch diese letztere Bestimmung der Einführung von Stempelmarken ein Nachteil bereitet wird, indem gerade bei der großen Masse inländischer Wechsel die selbstständige Verwendung der Marken seitens des Ausstellers ein Bedürfniß ist, dessen Befriedigung den Geschäftstreibern eine große Erleichterung gewähren würde, so ist dem Finanzminister von zuständiger Seite der Wunsch nahe gelegt, die erwähnte beschränkende Bestimmung für inländische Wechsel aufzuheben und die letzteren hinsichtlich der selbstständigen Verwendung von Stempelmarken den ausländischen Wechseln gleichzustellen.

Frankfurt a. M., 9. Nov. [Polizeilich entfernte Fahne.] Heute in der Frühe, als am Todestage Robert Blum's, wehte von der höchsten Spitze des Pfarrthürmes eine riesige schwarze Fahne, welche von unsichtbaren Händen während der Nacht in dem unbewohnten und schwer zugänglichen Thurme aufgestellt worden sein muß. Erst nach 8 Uhr war das riesige Wahrzeichen der Polizei zum Opfer gefallen. (Fr. D.)

Weimar, 6. Nov. [Geibel und Heyse.] Unser Großherzog hat, unmittelbar nachdem er von dem Vorfall mit Geibel und Heyse in München Kenntniß erhielt, beide Dichter hierher berufen und ihnen aussprechen lassen, sie möchten selbst die Bedingungen angeben, unter denen ihnen eine Übersiedlung nach Weimar wünschenswerth erscheine. (D. Allg. Btg.)

England, London, 10. Nov. [Die Beilegung der englisch-amerikanischen Differenzen.] Die „Times“ bringt einen Artikel über die bei dem gestern stattgehabten Banquet des Lord-Mayor gehaltenen Reden, in welchem sie mittheilt, daß eine gemischte Commission von 4 Mitgliedern alle seit 1853 zwischen Amerika und England schwedende Fragen erledigen solle. Die Commission sei autorisiert, ein fünftes Mitglied als Präsidenten oder Schiedsrichter zu erwählen. Man sei dahin übereingekommen, die Entscheidung über die Alabamafrage einem europäischen Souverän zu übertragen; die „Times“ deutet darauf hin, daß als Schiedsrichter bereits der König von Preußen außersehen sei.

Gedächtnis, man nennt sie Bettelpreußen, weil sie sich die preußische Suprematie erbetteln wollen und geben sie gelegentlich durch die öffentlichen Parteiblätter den Rath, nach Norden auszuwandern.

Und doch dürfen wir fest hoffen, daß der tüchtige Kern dieses schwäbischen Volks einer der trefflichsten Bausteine des neuen Deutschland werden wird. Es ist, wie seine Dichter und Gelehrten, seine Arbeiter und Industriellen beweisen, hochbegabt mit Talent, Intelligenz und Kraft, mit Eigenschaften, die unserm staatlichen Gemeinwesen der Zukunft von großem Werthe sein müssen. Selbst die partikularistische Gesinnung, die schroffe Stellung, welche die Württemberger zu der sich vollziehenden Einigung Deutschlands einnehmen, würdet weit weniger in der Eigenart des Volkes selbst, als in einem durch vielfältige staatliche Selbstständigkeit großgezogene Sonderpatriotismus. Der württembergische Schwabe soll noch lernen sich als Provinziale zu fühlen, das künstlich aufgezogene Stuttgart hat so wenig den Charakter einer Hauptstadt, eines Landescentrums, daß jedes kleine Landstädtchen, viele Dörfer selbst, die Interessen ihrer Umgegend mehr in sich concentriren, als die Residenz diejenigen des Landes. Ganz anders sieht es in dem bayerischen Schwaben aus, dort von Augsburg bis zu den Höhen der Allgäuer Alpen hat die Bevölkerung einem fremden Herrscherstamm gehorchen müssen, sie ist genötigt sich auf den Franken, den Bayern, den Pfälzer einzurichten, mit ihnen in staatlicher Gemeinschaft zusammen zu leben. Das hat denn seine guten Früchte getragen, die Allemannen des Allgäu, ihrem Blute nach dieselben Menschen wie die Württemberger, sind darüber die enthusiastischsten Freunde und Förderer der Einigung Deutschlands unter Preußen geworden.

## Stadt-Theater.

\*\*\* Gestern wurde das neue Bauernfeld'sche Schauspiel „Aus der Gesellschaft“ zum ersten Male gegeben. Bauernfeld hat einen geachteten Bühnennamen. Seine Stücke, wie „Bürgerlich und romantisch“, „die Beklemmtheit“, haben sich seit einer Reihe von Jahren auf der Bühne behauptet. Sie verdanken dies der außerordentlichen Gewandtheit, mit der B. seinen Stoff zu behandeln versteht. Die Charaktere sind in leichten Umrissen, aber treffend gezeichnet; die Handlung

Aus Stuttgart.  
(Schluß.) Das Gehenswürdigste und Schönste aber ist jedenfalls die Lage der Stadt selbst. Wo man an dem Krantz der Berge, die sie rings umschließen, einige hundert Schritte in die Höhe steigt, blickt man auf die malerische, rings von Gärten umgebene Stadt und hinaus über das Neckarthal zu den fernen blauen Hügelketten. Diese wundervolle Lage von Stuttgart, die beispiellose Willigkeit des Lebens und die guten Erziehungsanstalten aller Art ziehen eine Menge Fremder hierher, die in den confortablen, neuen Häusern der Gartenvorstrassen, welche die alte Stadt umgeben, ihre Wohnstätte aufgeschlagen haben. In neuester Zeit ist Stuttgart eine der größten englischen Colonien auf dem Continent geworden, besonders seit man gesehen hat, daß das früher so bevorzugte Dresden weder vor kriegerischen Überfällen, noch vor Revolutionen allerlei Art sicher ist, wendet sich der Zug der fremden Insulaner, welche die Deutschland angenehm und billig leben wollen, mit Vorliebe Stuttgart zu. Die Knaben finden hier englische Schulen, bis sie so weit sind, den deutschen Unterricht in den höheren Lehranstalten verstehen zu können, gar curios hört es sich aber an, wenn so ein junger Master sein mühsam erlerntes Deutsch in der reinsten schwäbischen Mundart vorbringt. Alle die Unannehmlichkeiten, welche der stillsäßige Ort bietet, werden durch den Ausflug nach dem benachbarten Cannstadt noch übertrroffen. Schon der Weg nach dem kleinen Badestädtchen am Neckar gehört zu den reizendsten Promenaden, die es in Deutschland gibt. Von dem zopfigen Residenzschloß, welches in Bau, Schmuck, Ausstattung bis auf die rothfleckten Diener und Portiere, eine strenge Copie der Versailler Schöpfungen darstellt, führen herrliche Anlagen aus dem engen Seitenthal des Neckarbachs dem Neckar zu. Zuerst gelangt man an ein Wasserbassin, umgeben von riesigen Drangenbäumen und recht guten Nachbildungen klassischer Bildwerke. Hier findet man im Schatten des Drangenlaubes die Venus von Milo, den Apoll von Belvedere, Rauchs Victoria, Canova's Hebe. Platane-Alleen, blühendes Schlossgarten der auch öffentlichem Fuhrwerk zur Benutzung freiestehen, ein kleines halbes Stündchen bis zu einem zweiten Wasserbassin, dem lüsterne Nymphen entsteigen, um den

— Ueber die Frage wegen der Denationalisirung englischer Unterthanen sei bereits ein Protokoll als Basis für die Schritte der Gesetzgebung unterzeichnet. — Die Streitfrage wegen San Juan solle auf den Wunsch der amerikanischen Regierung von dem Präsidenten des Schweizer Bundesraths schiedsrichterlich erledigt werden.

— 9. Nov. [Das Frauenstimmrecht.] Die bei der diesmaligen Eintragung in die Wahlregister angeregte Frage, ob Frauen stimmberechtigt seien, hat der Lord-Oberrichter und die übrigen, den Gerichtshof bildenden Richter heute zu Ungunsten der Frauen entschieden.

— 10. Nov. [Aus New-York] wird vom 9. d. telegraphisch berichtet: Admiral Farragut ist auf der Schraubenfregatte „Franklin“ aus Cadiz hier eingetroffen. — In Victoria, Vancouver-Insel, hat gestern ein Erdbeben stattgefunden, welches jedoch nur wenig Schaden angerichtet hat. (W. T.)

**Frankreich.** Paris, 9. Nov. Der Botschafter Benedetti hat die Rückreise auf seinen Posten nach Berlin angetreten. — Der „Temps“ eröffnet heute eine Subscription für das Denkmal Baudins. — Eine Special-Correspondenz des „Constitutionnel“ berichtet, daß die Candidatur des Marabouts Espartero für den spanischen Thron durch öffentliche Anschläge in Madrid empfohlen werde. (N. T.)

**Italien.** Palermo, 9. Nov. [Verhaftungen.] Die Polizeibehörde hat hier ein reactionäres Comité entdeckt. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen, und Proklamationen zu Gunsten der „Sizilianischen Autonomie“ mit Beschlag gelegt. (W. T.)

Danzig, den 11. November.

\* [Stadtverordneten-Wahlen.] Bei der heutigen Wahl zweier Stadtverordneten, auf die Dauer von 6 Jahren, haben von 873 Wahlberechtigten 92 ihre Stimmen abgegeben. Es erhielten davon Hr. Rentier C. O. Thiel 84, Herr Apotheker Heinz 52 Stimmen. — Der vor der allgemeinen Wählerversammlung aufgestellte Kandidat Herr Tischlermeister H. A. Paninski sen. ist mit 38 Stimmen in der Minorität geblieben.

\* [Zur Frage über die Johannissschule.] Die gestrige Verhandlung in der Stadtverordneten-Versammlung hat wiederum die großen Unzuträglichkeiten zu lange andauernder Provisionen in solchen Angelegenheiten gezeigt. Die Frage über die definitive Gestaltung der Johannissschule, welche jetzt schon seit Jahren auf der Tagesordnung steht, kann schließlich noch zu einem Conflict zwischen Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung führen. Wir hoffen indeß, daß ein solcher für alle Theile unerwünschter Conflict vermieden wird und zwar durch einen bei der gegenwärtigen Sachlage gebotenen Beschluß des Magistrats, den Herrn Dirigenten der Johannissschule nunmehr definitiv und ohne Vorbehalt anzustellen. Wir sind nicht der Meinung, daß der Magistrat durch sein Vorgehen dem Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 27. October absichtlich entgegengeht; es scheint uns jedoch nach der gestrigen Verhandlung festzustehen, daß die große Mehrheit der Versammlung den Beschluß vom 27. October dahin auffaßt, daß die Johannissschule für die Dauer einer Realschule erster Ordnung bleiben soll. Die Meinung, daß es im finanziellen Interesse der Stadt zweitmäßig sei, die Frage noch zu erwägen, ob zwei Realschulen erster Ordnung wirklich ein Bedürfniß für die Stadt seien, fand augenscheinlich gestern nur vereinzelte Zustimmung. Unter solchen Umständen halten wir es für nothwendig, daß der Magistrat davon absehe, bei der Anstellung des Directors die bekannte Bedingung zu stellen. Durch übereinstimmenden Beschluß beider Behörden ist die Johannissschule zu einer Realschule 1. Ordnung eingerichtet, es würde eines andern übereinstimmenden Beschlusses bedürfen, um eine neue Umwandlung der Schule vorzunehmen. Da die Stadt-Versammlung ihre Zustimmung zu einer solchen Umwandlung definitiv verweigerte, so wären allerdinge weitere Maßregeln des Magistrats, welche auf die Eventualität einer Umwandlung hinzielen, nicht zu begründen. Im Interesse der Schule können wir daher nur wünschen, daß der Magistrat den Hrn. Dirigenten der Johannissschule möglichst bald definitiv anstelle.

\* [Stadtverordneten-Sitzung am 10. Nov.] (Forts.) Der Bericht der Gasanstalt erweist als Bestand am 1. November 11,748 Stück Privatflammen und 942 Stück öffentliche Flammen. — Nach dem Bericht des städtischen Leihamts war am 15. Oct. c. ein Bestand von 22,637 Pfändern zum Werthe von 58,457 R.

ist geschickt angelegt; der Dialog sorgfältig ausgearbeitet, ohne Ueberladung, natürlich und fachgemäß, leicht und witzig. Alles dies erreicht der Verfasser freilich zum Theil dadurch, daß er ernstern Conflicten mit den Thorheiten der Gesellschaft, die er geishalten will, auszuweichen weiß. Das vorliegende Stück zeigt die früheren Vorzüge B.s, und das erklärt es, daß es nicht allein in Wien, sondern auch an andern Orten einen guten Erfolg gehabt hat. Ein besonderes Interesse erregt es noch, daß es durch den gleichen Ort und die ziemlich gleiche Zeit der Entstehung unwillkürlich zu einer Vergleichung mit Laube's „Bösen Jungen“ auffordert. Und diese Vergleichung fällt sehr zu Gunsten des Bauernfeld'schen Stükkes aus. Laube wie Bauernfeld wollen uns ein Stük der sogenannten „guten“ Gesellschaft zeigen; L. geht mit einer gewissen Verbissenheit an dieses Geschäft, B. mit ruhiger Ueberlegung; der erste stöbert Gemeinde und Verbrechen heraus, während der Letztere sich mit den Thorheiten und Schwächen dieser Kreise begnügt; jener trägt möglichst stark auf, zieht unwahrscheinliche Situationen herbei, um grelle, aber effectuelle Conflictie zu erhalten, dieser ist sehr bedacht, sich auf dem wirklichen Boden der Gesellschaft zu halten und vermeidet herbe Dissonanzen soviel als möglich. „Die bösen Jungen“ endlich sind im gewöhnlichen, d. h. nicht lobenden Sinne des Wortes, ein eigentliches Gelegenheits- und Tendenzstück, das deswegen das Tagesinteresse schwerlich überdauern wird; während „Aus der Gesellschaft“, obwohl sichtlich unter dem Eindruck der neuesten österreichischen Krisis geschrieben, local und zeitlich freier gehalten ist und durch das Interesse am Stoffe selbst getragen wird.

Dieser Stoff ist freilich nicht neu; es ist der Conflict der Neigung mit dem Standesvorurtheil. Aber er ist geschickt und interessant behandelt, wenn auch eben nicht eindringend und erschöpfend. Der Conflict liegt in den Charakteren des Fürsten und der bürgerlichen Magdalena (was eine entfernte Ahnlichkeit mit Lord Rochester und Jane Eyre gibt); der innere Kampf wird jedoch nach der Weise Bauernfelds, mehr angedeutet als ausgeführt. Der Verfasser hat zur Illustrirung der guten Gesellschaft einige Typen sehr glücklich herausgegriffen und ohne Uebertreibung scizzirt: so den inhaltsleeren alten Rous, Graf Feldern und seinen Sohn, der durchaus dem Beispiel des Vaters zu folgen verspricht;

15 R. — Es wird Mittheilung gemacht von dem Bescheide des Magistrats auf die Petition, betr. die Erhebung der Communalsteuer in vierteljährlichen Raten. Der Bescheid ist von uns bereits mitgetheilt. — Magistrat beantragt, zu genehmigen, daß, nachdem die Einschreibungsgebühren für den Director am Gymnasio fixirt worden sind, nunmehr auch den Directoren der beiden Realschulen statt der Einschreibungsgebühren vom 1. Januar 1869 ab 200 R. jährlich gezahlt werden, wogegen sie verpflichtet sind, die von ihnen mit 1 R. zu erhebenden Gebühren an die Kämmererkasse abzuführen. Auch für die Berechnung der Pensionsbeiträge und event. der Pension sollen dann in Zukunft diese Gebühren mit 200 R. angelegt werden. Es wird nichts hiergegen eingewendet. —

Für die neue 5. Lehrerstelle bei der Catharinen-Mittelschule beantragt der Magistrat, da nunmehr außer Zweifel steht, daß dieselbe dauernd wird erhalten werden, daß Gehalt bis zum Schluss dieses Jahres mit 75 R. zu bewilligen und zu genehmigen, 300 R. dafür pro 1869 auf den Statat setzen zu können. Die Versammlung ist damit einverstanden. — Magistrat beantragt, für den zum Gymnasial-Director von Ostern 1869 ab erwählten Director Kern zu Olbenburg eine Umzugsosten-Entschädigung von 300 R. zu bewilligen. Es wird dabei bemerkt, daß in ähnlichen Fällen den Directoren kgl. Gymnasien bewilligt werden: a) auf allgemeine Kosten 130 R., b) auf Transportosten für 5 Meilen 12 R., — als die Säke der Beamten der 4. Rangklasse. (Cabinetsordre von 1855). Es wird nichts dagegen erinnert. — An Umzugsosten werden ferner bewilligt: 20 R. für den an der Betriebschule neu angestellten Lehrer Hottenrott; 10 R. für den Elementar-Schullehrer Kloß; für den Elementar-Schullehrer Janski 5 R., 12 R. 6 R. — Zum Statat der Betriebschule werden 30 R. für Utensilien nachbewilligt. — Die Bewilligung von 223 R. zur Ausführung der notwendigen, nicht länger auffüllbaren Reparaturen am Wohnhause auf dem Vorwerke Stuthoff wird ausgesprochen. — Es wird beantragt, 51 R. 6 R. 1 R. uneinziehbare Wohnungssteuerreste niederruzulagen. Dies geschieht zwar, Hr. Damme richtet aber hierbei an den Magistrat das Gefüch, bei renitenten Wohnungssteuerpflichtigen unter Umständen diejenigen Maßregeln einzutreten zu lassen, die das Gesetz auspreche, nämlich die Entziehung des Bürgerrechts. Es werde von Leuten mit großer Naivität die Wohnungssteuer verweigert, welche Gemeindewähler wären. Man wisse, wie es gemacht werde; man bewohne die Wohnung, die Möbel darin gehörten angeblich einem Andern, die Interventionslage werde dann erhoben und die Stadt um die Steuer geprellt. Herr v. Kampen, der die Rechtenreite revidirt, hat die moralische Ueberzeugung, daß in mehreren Fällen nur böser Wille vorhanden sei, nicht zu zahlen. Man könne diesen Individuen aber auf keine Weise ankommen. Er stimme auch für den Damme'schen Antrag. Hr. Borrach hat aus den Wahllisten ersehen, daß Leute darin standen, denen der Bemerk „arm“ befügt gewesen. Hr. Dr. Linz erwidert, dies könne nur aus Irrthum geschehen sein; wer Armutunterstützung beziehe, könne nicht Wähler sein. Er erklärt ferner, daß der Magistrat in vorkommenden Fällen, nach dem Urtrag des Hrn. Damme entscheiden werde. —

Die Niederschlagung von 19 R. und 12 R. rückständigen Kaufschosses wird bewilligt. — Magistrat beantragt: 1) die Aufhebung des Miethsverhältnisses über die Büffetbude im Jäschenthaler Parke mit dem bisherigen Miether Ausein vom 18. Nov. c. ab zu genehmigen; 2) daß von einer weiteren Vermietung dieser Büffetbude ganz Abstand genommen werde; 3) daß dem neu anzustellenden Parkaufseher im Jäschenthal die Berechtigung zur Ausübung der Kaffee- und Schankwirthschaft unter entsprechenden Bedingungen und unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs übertragen wird. — Das Dienstekommen des Parkaufsehers in Jäschenthal ist bisher, neben freier Wohnung und Heizung und dem Genüg von 1 Morg. 145 R. Rth. Land, auf ein baares Gehalt von 180 R. normirt gewesen. In den letzten Jahren sind dem Inhaber der Stellen von seinem Dienstland 1 M. 40 R. entzogen und dafür eine jährliche Entschädigung von 15 R. gewährt worden. Die Stelle ist jetzt durch Verlegung des bisherigen Höfters erledigt. Da zu den bisherigen Normen sich kein geeigneter Bewerber finden dürfte, schlägt Magistrat vor, das Gehalt der Stelle von Neu Jahr 1869 ab auf 240 R. zu erhöhen, dem Förster aber fortan die Vermietung eines Theiles seiner Dienstwohnung an Sommergäste nicht mehr zu gestatten und wird auch später die Entschädigung von 15 R. jährlich für abgenommenes Dienstland in Wegfall kommen. Die Vorlage wird accepted, und dem Antrage des Hrn. Bibr. zugestimmt, die jetzt im Jäschenthaler Parke bestehende Büffetbude nebst dem dazu gehörigen Küchengebäude wieder abzubrechen und den früheren Zustand wieder herzustellen. — Für den Abriss des Vorbaues an dem Hause 2 Damm 14 werden dem Kaufm. Wiens 50 R. bewilligt; ebenso dem Kaufm. F. Groth 50 R. für Beseitigung des Vorbaues an dem Hause 2. Damm 16. — Dem Vorstand des Kunstvereins wird auf sein Ersuchen der Grüne-Thorsaal nebst den Nebenräumen für die Dauer vom 15. November c. bis zum 15. Februar f. für die Gemäldeausstellung bewilligt. Für die Mädchenturnstift ist auf die gebaute Zeit ein Local in der Concordia von dem Vorstande bewilligt worden.

Ueber die Debatte bezüglich der Interpellation des Hrn. Dr. Piwko tragen wir folgendes nach. Die Interpellation lautete: „Die Stadtverordneten-Versammlung hat in ihrer Sitzung

am 27. October c. beschlossen: Keine höhere Bürgerschule einzurichten, sondern die beiden Realschulen erster Ordnung fortbestehen zu lassen u. s. w. Ich frage deshalb an, ob der Magistrat trotzdem seine Anordnungen vom 9. und 29. October c. in Bezug auf die Schule zu St. Johann aufrecht zu erhalten gedenkt? 1) von Ostern f. J. an keine Schüler mehr in die Sexta aufzunehmen, um die Parallelklassen eingehen zu lassen; und 2) einen Director für die Johannissschule zu erwählen, welcher gegen die etwaige Umwandlung der Realschule erster Ordnung in eine höhere Bürgerschule keine Einwendung erhebt? Hr. Dr. Piwko: Die betr. Anordnungen des Magistrats ständen im strittigsten Widerspruch mit dem Beschuße der Versammlung. Er habe die Sache deshalb an die Öffentlichkeit gebracht, um den Magistrat zu veranlassen, sich öffentlich über seine Intentionen auszusprechen. — Hr. Bürgermeister Dr. Linz erklärt, daß der Magistrat nicht im Entferntesten daran denkt, sich mit den Stadtverordneten in Widerspruch zu setzen. In Betreff des ersten Punktes der Interpellation erwidert er, daß kein Verbot erlassen worden sei, sondern eine Aufforderung an die Directoren, nur so viel Schüler in die Sexta aufzunehmen, daß von Ostern f. J. oder von Ostern 1870 ab nur eine Sexta nötig wäre. Man habe schon seit Jahren Klage geführt über die Überfüllung der höheren Schulen. Die große Zahl der Parallelklassen habe große Missstände zur Folge. In der Petrischule seien Votale dazu benutzt worden, die weder Licht noch Lust genug hätten; das Prov.-Schulcollegium habe eine Änderung angeordnet. Abhilfe sei nicht zu schaffen. Der Dirigent der Johannissschule habe kürlich mitgetheilt, die Secunda theilen zu müssen, es fehle dazu aber der Raum. Der Gedanke, eine Beschränkung der Parallelklassen von unten heraus einzutreten zu lassen, habe für den Magistrat nahe gelegen. Die Schüler in den beiden Vorschulklassen hätten sich seit 2 Jahren, wahrscheinlich in Folge der Erhöhung des Schulgeldes, vermindert; auf Sexta wären dann natürlich auch weniger gekommen. Der Director der Petrischule hätte allerdings bei dem Prov.-Schulcollegium Beschwerde geführt, daß jenseits wäre jedoch mit der Maxime des Magistrats einverstanden. Den zweiten Punkt der Interpellation betreffend, so sei auch darauf zu erwarten, daß der Magistrat in keiner Weise sich mit der Versammlung habe in Widerspruch setzen wollen. Gerade die Verhandlung in der letzten Stadtverordneten-Versammlung habe den Magistrat dazu veranlaßt, die Frage über die spätere Gestaltung der Johannissschule als eine offene zu behandeln. Von mehreren Seiten sei in jener Verhandlung, ohne daß dem Widerspruch gesprochen sei, hervorgehoben, daß die Primä der beiden Realschulen erster Ordnung seit längerer Zeit zu wenig besucht, und daß eine Prima zu viel sei. Es entstehe für die Stadt ein erheblicher finanzieller Vortheil, wenn man den gleichen Unterricht für circa 2000 Thlr. jährlich billiger haben könnte. Der Magistrat habe sich nur die Möglichkeit vorbehalten, dies Projekt zum Vorbrag bringen zu können. Hr. Dr. Piwko: Man erhebe aus diesen Ausführungen, daß jeder aus einem Beschuße herauslesen könne, was er wolle. Am 27. October habe die Versammlung mit größter Majorität beschlossen, die Realschule solle bestehen bleiben; zwei Tage später habe der Magistrat den Director gewählt unter der bekannten Clausel. Die erste Anordnung des Magistrats sei die Siftrung der Aufnahme von Schülern in die Sexta gewesen. Wenn das Provincial-Schulcollegium für die Petrischule eine Aenderung angeordnet habe, weil Parallelklassen im Souterrain lägen, so müsse dem Folge geleistet werden. Wenn man aber mit der Johannissschule in gleicher Weise verfahren wollte, während kein Grund dazu vorhanden, so begreife er das nicht. Der Raum, der durch Aufhebung der Vorschulklasse genommen worden, könne gut zur Einrichtung einer 2. Secunda benutzt werden. Wenn man eine Klasse schließe und die Vorschulen aufhebe, so solle wohl damit klar gemacht werden, daß eine höhere Bürgerschule errichtet werden müsse. Überall beständen Parallelklassen. Er empfiehle jedem, der gegen dieselben sei, in dieser Beziehung das Centralblatt zu lesen. Wenn der Magistrat so sehr dagegen sei, so erinnere er daran, daß gerade der Magistrat seiner Zeit den Vorbrag gemacht habe, ein Real-Gymnasium zu gründen; wenn dort die Parallelklassen nicht gefährlich würden, würden sie es hier wohl auch nicht sein. In unseren vierstufigen Elementarklassen existieren auch Parallelklassen. Ihm komme das beobachtete Verfahren so vor, als ob man, da man durch die Vortherür in das Haus nicht hineingehen könne, durch eine Hinterthür hineinzugehen suche. Was den zweiten Punkt betrifft, so sei schon darauf hingewiesen, daß das Provisorium in der Johannissschule es verschulde, wenn die besten Lehrer fortgingen. Sollten etwa die angestellten Erziehungen für die bereits abgegangenen unter der bekannten Bedingung ange stellt werden? Dazu werde sich wohl kein brauchbarer Lehrer finden. Er hoffe, daß der Magistrat die Sache sich noch einmal überlege, dann werde derselbe gewiß den Widerspruch herausfinden, in dem er mit dem Stadtverordnetenbeschuß stehe. Wie man sagen könne, es sei aus der Debatte herauszulegen, daß eine Bürgerschule gegründet werden solle, sei nicht begreiflich. Er erinnere daran, daß überall dahin gestrebt werde, für die Realschulen das Recht zur Enslafung zur Universität zu erwirken. Der Herr Ober-Bürgermeister habe versprochen, daß Seitens des Magistrats in dieser Angelegenheit petitioniert werden solle. Was solle man dazu sagen, wenn gegenüber einem solchen Ver sprechen darauf hingearbeitet werde, eine Realschule 1. Ordnung eingehen zu lassen? Die Johannissschule habe noch 20 Schüler in der Prima; sei das etwa ein Grnd, daß man sie aufheben wolle? Hr. Dr. Linz: Die auf die Sexta bezügliche Anordnung für die Petrischule sei im August, diejenige für die Johannissschule am 9. October erlassen worden; der Beschuß der Versammlung datire vom 27. October; von einer Absicht des Magistrats, eine Hinterthür benutzen zu wollen, könne also schon deshalb keine Rede sein. Auf die Bemerkung, daß es unbegreiflich sei, wie der Magistrat aus der Debatte herauslesen könne, daß die Ebänen für eine höhere Bürgerschule überhaupt nicht so ungünstig ständen, erwidert er, daß er bisher geglaubt habe, der Magistrat sei ein gleichberechtigter Factor der städtischen Behörde. Solle der Magistrat gar nicht erwägen dürfen, ob er nicht neben dem Stadtverordnetenbeschuß dennoch neue Vorschläge machen könne? Er wolle einmal den Fall annehmen, der Magistrat sei gegen den Beschuß der Stadtverordneten? Ein Beschuß der Stadtverordneten erst dann zur Ausführung, wenn der Magistrat beigetreten. Der Magistrat könne jederzeit selbstständig Vorschläge machen. Bezüglich des Raumes in der Johannissschule bemerkt er, daß Herr Dr. Banten erklärt habe, für eine zweite Secunda sei kein Platz vorhanden. In Betreff der Neuordnung des Herrn Dr. Piwko, es sei eine gute Idee, die Parallelklassen für schädlich zu halten, erinnere er daran, daß Herr Dr. B. in ungetheilter Uebereinstimmung mit der Commission sich darüber befunden habe, daß Parallelklassen ein Uebelstand seien; daß er also eine solche Idee ebenfalls gehabt haben müsse. Wenn Herr Dr. B. darauf hinweise, daß der Magistrat seiner Zeit ein Realgymnasium habe einrichten wollen, in welchem auch Parallelklassen wären, so bemerkt er, daß Schulangelegenheiten zwar nicht gerade seine Sache seien, dennoch glaube er, daß ein sehr erheblicher Unterschied sei zwischen Parallelklassen eines Realgymnasiums und denen, wie sie hier vorliegen. Im Realgymnasium würden in verschiedenen Klassen von verschiedenen Lehrern Schüler in gleicher Weise ausgebildet, und scheide sich der Unterricht erst beim Eintritt in die höheren Klassen; in den Parallelklassen der anderen Schulen würde aber niemals ein gleichmäßiger Unterricht erreicht und werde dieser Uebelstand beim Eintritt in die höheren Klassen immer sichtbar. Schließlich wiederholte er, daß der Magistrat entfernt davon sei, mit der Versammlung in Zwieselberg gerathen zu wollen, er habe die Angelegenheit ganz unparteiisch beurtheilt. — Hr. Dr. Kirchner findet in den Ausführungen des Hrn. Magistratscommarijus etwas Beruhigendes. Man hätte allerdings glauben können, daß der Magistrat sich im Widerspruch mit dem Stadtverordnetenbefchuß befindet, denn die beiden Realschulen bestehen bleiben sollten. Nun sei es von Interesse, zu hören, daß der Magistrat eines



